



HOCHSCHULZEITUNG

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN
ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION



Über die Rolle des Senats

Von Nationalpreisträger Prof. Dr.-Ing. Hans Frühauf

Auf der 35. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die Notwendigkeit betont, einen grundlegenden Wandel an den Universitäten und Hochschulen in der Form herbeizuführen, daß Lehre und Forschung noch enger mit der sozialistischen Praxis verbunden und Universitäten und Hochschulen in den Stand versetzt werden, konsequenter sozialistische Kader zu erziehen. In diesem Prozeß der Umgestaltung unserer Uni-

versitäten und Hochschulen zu sozialistischen Bildungsstätten kommt den Senaten besondere Bedeutung zu. Von der Entschiedenheit und Entschlossenheit mit der sich die Senate zu unserer neuen gesellschaftlichen Ordnung, zu unserem Staat der Arbeiter und Bauern bekennen, von ihrer Entschlossenheit, den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung zu führen, wird das Tempo der Umwandlung unserer Universitäten und Hochschulen abhängen.

Als langjähriges Mitglied des Senats unserer Technischen Hochschule ist es für mich eine besondere Freude und Genugtuung, daß unser Senat auf diesem Wege bewußt vorwärtsschreitet. Schon oft hat es lebhaft und gründliche Auseinandersetzungen über die Fragen der sozialistischen Erziehung und der Haltung der Hochschullehrer, ihrer Stellung zu unserem Staat der Arbeiter und Bauern gegeben. Die Senatsitzung am 31. Januar machte aber besonders deutlich, daß wir in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte erzielt haben.

Der Senat hatte sich mit der Stellungnahme der Hochschule zum Vorschlag der Durchführung eines Volksentscheids und mit der Republikflucht von Prof. Röcke zu befassen.

Bei der Beratung der ersten Frage zeigte sich, daß eine Anzahl von Fakultäten, so die Fakultäten für Elektrotechnik, für Mathematik und Naturwissenschaften und für Bauwesen bereits in den Räten der Fakultäten darüber beraten hatten, in welcher Weise zu dem Vorschlag unseres Ministerpräsidenten, einen Volksentscheid in ganz Deutschland für eine atomwaffenfreie Zone durchzuführen, Stellung genommen werden soll. Zu dieser Frage habe ich in der Senatsitzung selbst das Wort genommen und ausgeführt, daß es notwendig ist, über

die Entschließung der Ökonomischen Konferenz hinaus eine eindeutige persönliche Erklärung als Wissenschaftler unserer Hochschule abzugeben. Die Worte Joliot-Curies, daß sich jeder Wissenschaftler stets seiner Verantwortung vor der Menschheit bewußt sein muß, sollte auch für unsere Hochschule gelten. Um dieser Überzeugung auch nach außen Ausdruck zu verleihen, können verschiedene Wege beschritten werden. Es kommt jedoch darauf an, daß wir die Zustimmung zu den Vorschlägen unserer Regierung uns nicht nur gegenseitig versichern, sondern daß wir nach außen wirken, vor allem auch auf die Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik.

Es war herzerfrischend, von den Dekanen der einzelnen Fakultäten zu hören, wie sie bereits vorherberaten hatten und welche Wege weiter beschritten werden sollen. Der Dekan der Fakultät für Elektrotechnik, Prof. Dr. phil. Mierdel, berichtete, daß erwogen worden ist, einen von allen Professoren der Fakultät unterschriebenen Brief nach Stuttgart, München oder Freiburg zu senden. Die Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften beabsichtigte, ihre Entschließung an die Dekane der westdeutschen Hochschulen zu senden. Außerdem sollten die Herren des Lehr-

körpers der Fakultät gebeten werden, die Stellungnahme der Fakultät mit persönlichen Schreiben an westdeutsche Wissenschaftler zu senden. Die Mehrzahl der Dekane konnte ähnliches berichten.

Von der gleichen Einmütigkeit war auch die Aussprache über die Republikflucht von Professor Röcke getragen. Der Dekan der Fakultät für Bauwesen, Professor Dipl.-Ing. Schaarschmidt, erklärte, daß die Fakultät und er persönlich die Republikflucht von Prof. Röcke mit der Stellung eines Hochschullehrers für unvereinbar halten. Es sei notwendig, unabhängig vom Fall Röcke, grundsätzlich einmal zur Republikflucht Stellung zu nehmen.

Die lebhafteste Diskussion dieser Frage, an der sich die Mehrzahl der Mitglieder, vor allem die Herren Dekane beteiligten, faßte Magnifizenz, Prof. Dipl.-Ing. Pommer zusammen, indem er erklärte, daß es die einmütige Auffassung des Senats sei, daß Republikflucht eines Hochschullehrers unwürdig sei; Republikflucht bedeutet Bruch der Verpflichtungen gegenüber der studentischen Jugend, gegenüber der Hochschule und gegenüber dem Staat. Sie ist eine grobe Verletzung der moralischen und ethischen Pflichten des Hochschullehrers.

Der Senat beauftragte auch Magnifizenz, Prof. Dipl.-Ing. Pommer, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Anerkennung des Professorentitels des Herrn Röcke zu erreichen.

Der Verlauf dieser Sitzung und die eindeutige Stellungnahme des Senats zu beiden Fragen zeigte, daß dieses Gremium an unserer Hochschule sich seiner großen Verantwortung für die Erziehung junger sozialistischer Kader und bei der Umgestaltung unserer Hochschule zu einer sozialistischen Ausbildungsstätte bewußt ist.



Viele junge Menschen begannen in den vergangenen Tagen ihr Studium an unserer Technischen Hochschule. Die meisten von ihnen haben vorher eine Zeitlang in den Betrieben unserer Republik praktisch gearbeitet, sei es nach dem Abitur oder — wie unsere junge Freundin Rosemarie Meyer vom Institut für anorganische Chemie — vor dem Besuch der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät. Ihnen allen wünschen wir für die kommenden Semester viel Erfolg.

Thema: Schöffenwahl

Die Verbindung von Volksvertretung und Gericht schafft die Voraussetzungen zur vollen Verwirklichung der ihnen gestellten Aufgaben und festigt das Vertrauen der Werktätigen zu ihren Gerichten. Dabei spielt die demokratische Mitbestimmung bei der Rechtsprechung durch das Volk und seine Volksvertretungen eine wesentliche Rolle.



Unsere Hochschule war gebeten worden, entsprechend der Struktur des Kreises Dresden, 20 Kandidaten aus den Reihen der Belegschaft für die Schöffenwahlen vorzuschlagen. In einer gemeinsamen Besprechung der Mitglieder der AGL XVII (Rektorat und Verwaltung) wurde u. a. auch ich gefragt, ob ich bereit sei, mich als Kandidatin aufstellen zu lassen. Nach kurzem Besinnen sagte ich gern „ja“ und hörte unterdessen, daß meine Kandidatenschaft seitens unserer HGL dem Bezirksgericht Dresden gemeldet worden ist. Erwartungsvoll sehe ich der Wahl entgegen. Nachdem ich — das muß ich gestehen — der Schöffenarbeit in den vergangenen Jahren nicht allzuviel Beachtung geschenkt habe, verfolge ich seit der Befragung in der AGL-Sitzung mit besonderem Interesse, was die Presse über die bisherige Tätigkeit und wie sie in Zukunft erweitert werden soll, berichtet. Als gleichberechtigter Richter neben Staatsanwalt und Berufsrichter bei Verhandlungen mitzuwirken, ist nicht nur eine verantwortliche, erzieherische und sicher oftmals schwierige Aufgabe, sondern auch eine für mich persönlich lehrreiche. Ich will mit bestem Wissen und Gewissen versuchen, das in mich gesetzte Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen zu rechtfertigen.

Annemarie Thierbach

Zur 3. Hochschulkonferenz der SED

Vor wichtigen Beratungen über die weitere Entwicklung unserer Hochschulen

Die großzügige Unterstützung der Wissenschaft und die planmäßige Förderung aller wissenschaftlichen Einrichtungen durch unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat basieren auf der Kenntnis und Ausnutzung der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Unserer Technischen Hochschule wurde diese Förderung und Unterstützung in ganz besonderem Maße zuteil. Das im einzelnen nachzuweisen, hieße angesichts des für jedermann erkennbaren gewaltigen Aufblühens unserer Hochschule Eulen nach Athen tragen.

Die Werktätigen unserer Republik, insbesondere die Arbeiterklasse, lassen sich dabei von der Erkenntnis leiten, daß die für die Wissenschaft verwandten Mittel in Form wissenschaftlich ausgebildeter Kader und neuer Forschungsergebnisse einen entscheidenden Hebel unseres sozialistischen Aufbaues darstellen. Zweifellos sind auch gerade an unserer Hochschule eine Reihe guter Ergebnisse in dieser Richtung zu verzeichnen. Jährlich verlassen hochqualifizierte Kader die Hörsäle, um die erworbenen Kenntnisse in den Dienst unseres Aufbaues zu stellen.

Vielfältig sind auch die Beziehungen zwischen den Instituten unserer Hochschule und der sozialistischen Industrie, und ein Strom von wissenschaftlichen Erkenntnissen befruchtet und fördert auf diese Weise den Aufbau des Sozialismus.

Es ist aber keine Entwertung der bisherigen Leistungen, wenn wir ebenso eindeutig feststellen, daß auch unsere Hochschule gegenüber den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik zurückbleibt. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, soll versucht werden, auf die wichtigsten Seiten dieses Nachhinkens hinzuweisen.

Dem Sozialismus gehört die Zukunft. Diese Tatsache ist nicht mehr zu umgehen. Die sozialistische Ideologie be-

fähigt immer größere Teile der Menschheit, das eigene Leben vernünftiger und besser zu gestalten, und alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien und Anschauungen, die auch an unserer Hochschule noch vorhanden sind, werden zu einem Hemmnis unserer Weiterentwicklung.

Es gilt deshalb, offen, prinzipiell und beharrlich an unserer Hochschule den Kampf um die Vorherrschaft der sozialistischen Ideologie zu führen. Noch ungenügend wurde dafür die große Autorität aller Hochschullehrer eingesetzt.

Das ist eine unmittelbare Auswirkung der im Lehrkörper und der Assistentenschaft unserer Hochschule noch vorhandenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Auffassungen. Die Veränderung dieses Zustandes macht es notwendig, sich mit diesen Einflüssen der bürgerlichen Ideologie entschieden auseinanderzusetzen. Darüber hinaus ist es erforderlich, daß sich die Angehörigen des Lehrkörpers und der Assistentenschaft mit dem dialektischen Materialismus vertraut machen.

Die für die sozialistische Erziehung unserer Studenten notwendige einheitliche Erzieherfront erfordert die Lösung der genannten Aufgaben.

Unsere Hochschule ist ein riesiges Lehr- und Forschungskombinat und besitzt die vielfältigsten Möglichkeiten, um die sozialistische Praxis zu befruchten.

Die beiden wichtigsten Formen der Verbindung zur sozialistischen Praxis sind einmal der Einsatz von Absolventen und zum anderen direkte Verbindungen zwischen Hochschule und Betrieb. Diesem Gesamtproblem kommt gerade im Zusammenhang mit den Aufgaben des 2. Fünfjahresplanes große Bedeutung zu; denn die dort als Aufgabe gestellte Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert die beschleunigte, planmäßige Anwendung neuer wissen-

schaftlicher Erkenntnisse in der Produktion.

Eine engere Verbindung zwischen Hochschule und Praxis ist auch im Hinblick auf die sozialistische Erziehung unserer Studenten notwendig. Dieser Forderung können die bereits vorhandenen Verbindungen, denen gegenwärtig noch ein Element der Spontanität anhaftet, nicht mehr genügen. So z. B. kritisieren die Absolventen unserer Hochschule die mangelhafte bzw. ungenügende ökonomische Ausbildung während des Studiums.

In diesem Zusammenhang gibt es auch Diskussionen darüber, ob die Forschungspläne der einzelnen Institute immer den Erfordernissen der Praxis Rechnung tragen. Hierher gehören solche Fragen wie die Beseitigung noch vorhandener Mängel in der Ökonomie der Forschungsarbeit, und hier gibt es neue Wege zu finden.

Die sozialistische Umgestaltung der Hochschule verlangt die Beseitigung dieses Zustandes und sie erfordert sowohl im Hinblick auf Lehre und Forschung als auch im Hinblick auf die unmittelbare Hilfe für die Produktion durch die Hochschule enge und systematische Beziehungen zu der sozialistischen Praxis.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als führende Kraft des sozialistischen Aufbaues unserer Republik wird auf ihrer 3. Hochschulkonferenz Mittel und Wege zur Lösung dieser Aufgaben beraten. Damit ist jedoch nur ein Schritt getan, denn die Lösung selbst ist eine Angelegenheit aller fortschrittlichen Kräfte an unseren Hochschulen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Alle Hochschulangehörigen sollten die Beratungen aufmerksam verfolgen, sich mit ihren Beschlüssen vertraut machen und entsprechende Schlussfolgerungen für ihre eigene Arbeit ziehen.

Dr. Speer

Republikflucht ist ehrlos

Der Rat der Fakultät für Ingenieur-Ökonomie wurde in seiner Sitzung am 15. Februar 1958 durch den Dekan von einer Aussprache im Senat der Technischen Hochschule über die Republikflucht des ehemaligen Professors der TH, Röcke, unterrichtet. Der Rat brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß der akademische Senat diese Handlung eines Hochschullehrers auf das schärfste mißbilligte. In unserer Republik wird den Wissenschaftlern nicht nur ein sorgenfreies Leben zur Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte gewährleistet, sondern alle ihre Absichten zur Bereicherung und Entwicklung der Wissenschaften und der Praxis finden seitens unserer Regierung eine in Deutschland bisher nie gekannte Unterstützung. Sie haben darüber hinaus das Glück, in einem Staate schaffen zu dürfen, dessen Politik unermüdet darauf gerichtet ist, die friedlichen Grundlagen der Arbeit gegenüber allen gegenteiligen Versuchen zu erhalten und zu festigen. Unter diesen Bedingungen ist es eine Ehre, Lehrer oder Absolvent der höchsten Bildungsstätten der Deutschen Demokratischen Republik zu sein. Jeder anständige Mensch begreift, daß es eine ehrlose Handlungsweise darstellt, die Errungenschaften unseres sozialistischen Staates für sich in Anspruch zu nehmen, um sich dann seiner Pflichten gegenüber der Gesellschaft in selbstsüchtiger und verräterischer Weise durch gesetzwidriges Verlassen der Republik zu entziehen. Die Ehre aller fleißig und treu beim Aufbau des Sozialismus Schaffenden erfordert es, daß man sich von diesen Elementen distanzliert.

Der Rat der Fakultät für Ingenieur-Ökonomie faßt folgenden Beschluß:

Die Republikflucht ist eine ehrlose Handlungsweise, die den Betroffenen unwürdig werden läßt, einen akademischen Grad der Fakultät zu führen. In Übereinstimmung mit der Verordnung über die Verleihung akademischer Grade vom 25. September 1956, § 14, wird die Fakultät für Ingenieur-Ökonomie im Falle der Republikflucht den von ihr Graduierten den akademischen Grad (Diplom, Doktor, habilitierter Doktor) entziehen.

Prof. Dr.-Ing. habil. Siemens
Prof. Gangloff
Prof. Dr. Lange
Dr. Thamm
Dr. Mandt
Friedrich, Dipl. rer. pol.

Prof. Dr. Bordag
Prof. Dr. Bordag-Wettengel
Prof. Dipl.-Ing. Hildebrand
Dr. Heyde
Dr. Schmidt